

Vorblatt zum Antrag

I Gliederung des Projektantrags

1. Antragstellerin/ Antragsteller
2. Maßnahme
3. Finanzierungsplan
4. Beantragte Förderung
5. Begründung
6. Finanz- und haushaltswirtschaftliche Auswirkungen
7. Erklärungen
8. Anlagen
9. Prüfvermerk (baufachliche Prüfung)

II Hinweise zum Ausfüllen

Zu Nr. 2 - Maßnahme -

Eindeutige Bezeichnung der beabsichtigten Maßnahme, die nach Möglichkeit den Stadtteil/Landschaftsraum und die Art der Maßnahme beinhaltet.

Umfang, Notwendigkeit usw. der Maßnahme sind unter Nr. 5 - Begründung - zu erläutern.:

Zu Nr. 3 - Finanzierungsplan -

- 3.1 Angabe der Gesamtkosten der Maßnahme: Anzugeben sind alle im Zusammenhang mit der Fördermaßnahme voraussichtlich anfallenden Kosten, unabhängig davon, ob die Beträge zuwendungsfähig (also förderfähig) sind. Art und Umfang der Kostengliederung sind den förderungsspezifischen Bedürfnissen anzupassen. Hierbei ist zu beachten, dass gem. Runderlass des MKULNV – IV-7-099 011 0111 v. 22. Dez. 2015 Mehrausgaben aufgrund fehlerhafter Kalkulationen nicht förderfähig sind. Eine mit überzogenen Sicherheiten versehene Kostenschätzung führt andererseits zu einer schlechteren Bewertung des Verhältnisses von Kosten und Wirkung der Maßnahme und kann somit eine nachrangige Priorisierung bei der Beurteilung der Förderwürdigkeit zur Folge haben.
- 3.2 davon grundsätzlich zuwendungsfähig: der Betrag, der alle im Zusammenhang mit der Fördermaßnahme voraussichtlich anfallenden Ausgaben ausweist, soweit die Ausgaben tatsächlich zuwendungsfähig (also förderfähig) sind. Soweit die Antragstellerin/der Antragsteller zum Vorsteuerabzug berechtigt ist, ist dies bei der Ermittlung der Ausgaben zu berücksichtigen.
- 3.3 Abzgl. Leistungen Dritter: Leistungen, die in Zusammenhang mit der Maßnahme stehen, also z. B. Entgelte, zweckgebundene Spenden etc.
- 3.4 Auf der Grundlage der so ermittelten zuwendungsfähigen Gesamtausgaben wird die Höhe der Zuwendung ermittelt.
- 3.5 Zuwendung: Der Betrag, den das Land zu der Maßnahme beisteuern soll. Die Höhe des Betrages ist u. a. von der Interessenlage des Landes abhängig.
- 3.6 bewilligte/beantragte öffentliche Förderungen: Hier sind bewilligte/beantragte öffentliche Förderungen von anderen Stellen des Landes und/oder jur. Personen des öffentlichen Rechts (z. B. Bund, Emschergenossenschaft) anzugeben. Diese erfordern ein Abstimmungsverfahren nach Nr. 1.4 VVG zu § 44 LHO.
- 3.7 Eigenanteil: Der Betrag, den die Zuwendungsempfängerin oder der Zuwendungsempfänger zur Finanzierung der Maßnahme beizutragen hat.

Zu Nr. 5 – Begründung –

Auf die Notwendigkeit der Maßnahme (5.1) sowie der Förderung und Finanzierung (5.2) ist in Nr. 5 – Begründung – im Überblick einzugehen. Eine vertiefende Darstellung erfolgt in der unter Nr. 8 - Anlage – aufgeführten Projektbeschreibung. Bei der Beschreibung der geplanten Maßnahme und der Darstellung der Notwendigkeit der Maßnahme sowie der Finanzierung wird empfohlen, die im Projektaufruf unter (4) genannten ‚Auswahlkriterien‘ angemessen zu berücksichtigen.

Zu Nr. 8 - Anlagen -

Die Projektbeschreibung gem. Muster ist verpflichtende Anlage des Antrags. Die übrigen unter 8 genannten Anlagen sind, sofern zutreffend, beizufügen. Bei Bedarf können weitere Anlagen ergänzt werden.

(Anschrift der Bewilligungsbehörde)

**Antrag
auf Gewährung einer
Zuwendung**

Betr.:

Bezug:

1. Antragstellerin / Antragsteller	
Name/Bezeichnung	
Anschrift:	Straße/PLZ/Ort/Kreis
Auskunft erteilt:	Name/Tel. (Durchwahl)
Gemeindekennziffer:	
Bankverbindung:	IBAN-Nr.
	Bezeichnung des Kreditinstituts
Landesplanerische Kennzeichnung:	
2. Maßnahme	
Bezeichnung/angesprochener Zwendungsbereich	
Durchführungszeitraum:	von/bis

3. Finanzierungsplan				
	Zeitpunkt der voraussichtlichen Fälligkeit (Kassenwirksamkeit)			
	20	20	20 und folg.	
	in EUR			
1	2	3	4	
3.1 Gesamtkosten		-		
3.2 davon grundsätzlich zuwendungsfähige Ausgaben				
3.3 abzgl. Leistungen Dritter (ohne öffentliche Förderung)	./.	./.	./.	
3.4 Zuwendungsfähige Gesamtausgaben	=	=	=	
3.5 Beantragte Förderung (Nr. 4)				
3.6 bewilligte/beantragte öffentliche Förderung (ohne 3.5) durch				
3.7 Eigenanteil				
4. Beantragte Förderung				
Zuwendungsbereich	Zuweisung/ EUR	Darlehen/ EUR	Schulden- diensthilfen/ EUR	v.H. von Nr. 3.4
1	2	3	4	5
Summe				

5. Begründung

5.1 Zur Notwendigkeit der Maßnahme (u.a.: Standort, Defizite der Ist-Situation, Konzeption, Ziel, Zusammenhang mit anderen Maßnahmen, Maßnahmen desselben Aufgabenbereichs in vorhergehenden oder folgenden Jahren, alternative Möglichkeiten, Nutzen / Wirkung)

5.2 Zur Notwendigkeit der Förderung und zur Finanzierung (u.a.: Eigenmittel, Förderhöhe, Landesinteresse an der Maßnahme, alternative Förderungs- und Finanzierungsmöglichkeiten)

6. Finanz- und haushaltswirtschaftliche Auswirkungen

Darstellung der angestrebten Auslastung bzw. des Kostendeckungsgrades, die voraussichtliche Höhe und die Tragbarkeit der Folgekosten – insbesondere im Vergleich zum Istzustand - für die Antragstellerin/für den Antragsteller, Finanzlage der Antragstellerin/des Antragstellers usw.

7. Erklärungen

Die Antragstellerin/Der Antragsteller erklärt, dass

- 7.1 mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und auch vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides nicht begonnen wird; als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten,
- 7.2 sie/er zum Vorsteuerabzug
 - o nicht berechtigt ist,
 - o berechtigt ist und dies bei der Berechnung der Gesamtausgaben (Nr. 3.2) berücksichtigt hat (Preise ohne Umsatzsteuer)
- 7.3 die Angaben in diesem Antrag (einschließlich Antragsunterlagen) vollständig und richtig sind.

8. Anlagen (z.B. bei Zuwendungen für Baumaßnahmen)

bitte Zutreffendes ankreuzen! Die Projektbeschreibung ist verpflichtend.

- Projektbeschreibung gem. Muster
- Entwurfszeichnungen sowie Auszug aus Flurkarte und Lageplan
- Kopien bereits vorliegender Genehmigungen
- Angabe des vorgesehenen Vergabeverfahrens
- Bauzeitplan
-
-

(Ort/Datum)

(Rechtsverbindliche Unterschrift)

(.....)
(Name, Funktion)

9. Ergebnis der Antragsprüfung durch die baufachliche Stelle (Nr. 6.8 VVG)

1. Nach Prüfung der dem Antrag beigefügten Pläne, Erläuterungen, Kostenberechnungen und sonstigen Unterlagen wird festgestellt, dass die Baumaßnahme den baulichen Anforderungen und hinsichtlich der Planung und Konstruktion den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit - nicht - entspricht.
Die baufachliche Stellungnahme wurde beigefügt.

2. Für die Durchführung der Baumaßnahme hat die Antragstellerin/
der Antragsteller folgende Ausgaben geplant: EUR

3. Aufgrund der Prüfung wird folgender Betrag als angemessen erachtet: EUR

(Ort/Datum)

(Dienststelle/Unterschrift)
